

Geheimdienstfachmann beschreibt Deutschland als US-amerikanischen Satellitenstaat

Quelle: „privat-depesche“ Nr. 32/2017

Seit der Wiedervereinigung hat nicht Russland, sondern Amerika deutsche Interessen durch Spionage am nachhaltigsten geschädigt, meint der Sicherheitsberater und Geheimdienstfachmann *Dr. Gert R. Polli* (57). Die russischen Spionageaktivitäten in Deutschland machen nach seinen Angaben nur einen Bruchteil der amerikanischen aus und erreichen nicht einmal das Ausmaß der Wirtschaftsspionage, die von französischer Seite gegen deutsche Unternehmen betrieben wird.

„Deutschland zwischen den Fronten — Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird“, heißt *Dr. Polli*s aktuelles Buch. Darin zeichnet er ein düsteres Bild der moralischen, wirtschaftlichen und politischen Desintegration der EU, die sich in eine Sackgasse habe treiben lassen, *„indem die USA die Russen zu einem klaren Feindbild erklärt haben und die EU somit vor sich hertreiben“*.

Die deutschen Regierungen bis zurück zu *Helmut Kohl* hätten wissentlich deutsche und europäische Interessen den USA geopfert. Die Alliierten, vor allem die Amerikaner, hätten das „Sicherheitssystem Deutschlands“ bereits in einem Maße unterwandert, *„dass in vielen Bereichen von einer Eigenständigkeit und Selbständigkeit deutscher Behörden nicht mehr die Rede sein kann“*.

Bereits in den 90er-Jahren haben sich die US-Nachrichtendienste demzufolge in Richtung Wirtschaftsspionage umorientiert. *Polli* beschreibt, wie eine Abteilung des amerikanischen Handelsministeriums als Schnittstelle der Dienste NSA und CIA zu amerikanischen Konzernen fungiert.

Nach dem Terroranschlag von 2001 hätten sich die USA, auch auf der rechtlichen Grundlage des bis heute gültigen NATO-Bündnisfalls, einen Freibrief für nahezu unbegrenzte Spionage in Europa verschaffen können. 2011 und 2012 räumte das Auswärtige Amt in Berlin sogar über 110 privaten amerikanischen Spionagefirmen ähnliche Rechte ein wie den US-Streitkräften auf deutschem Boden.

In deutschen Konzernzentralen säßen nicht russische, sondern amerikanische Agenten als sogenannte *„Monitore“*. Nicht die russische, sondern die amerikanische Regierung verhängte Milliardenstrafen gegen deutsche Firmen, bemerkt dazu der Wirtschafts- und Finanzfachmann *Dr. Bruno Bandulet* (75).

„Während Washington den sinnlosen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan erzwingt und mittels 'regime change' für Chaos und Massenelend im Krisenbogen von Libyen bis Afghanistan hauptverantwortlich ist, leistet Moskau einen entscheidenden Beitrag dazu, die Machtergreifung der Dschihadisten in Damaskus zu verhindern“, heißt es in einem Beitrag *Dr. Bandulets* für *„eigentümlich frei“*.

Die Massenmigration aus dem Nahen Osten nach Europa gehe nicht auf das Konto der russischen, sondern der amerikanischen Politik. Völkerrechtswidrige Angriffs-

kriege wie den amerikanischen gegen den Irak habe sich Moskau schon lange nicht mehr geleistet.

Juristisch hätte Berlin zwar die Möglichkeit, „*die amerikanischen Stützpunkte in Deutschland zu kündigen, damit einem Teil der US-Spionage den Boden zu entziehen und deren Missbrauch als logistische Drehscheibe für Kriegseinsätze zu beenden*“, politisch würde aber die amtierende Bundesregierung einen solchen Vorstoß kaum überleben, gibt *Dr. Bandulet* zu bedenken.

Machbar wäre seiner Ansicht nach aber, dass die Bundesregierung die Wirtschaftsspionage auf deutschem Boden, deren Schaden auf 50 Milliarden Euro im Jahr geschätzt wird, entschieden bekämpft; dass sie deutschen Unternehmen Schutz gegen amerikanische Übergriffe gewährt und die „*Monitore*“ ausweist; und vor allem, dass sie die Sanktionen gegen Russland und Syrien beendet.